

Sattler-Zeitung

Nr. 23.

Berlin, den 16. November 1901.

15. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6519)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Fassbender, Berlin S.O., Engel-Ufer 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-
Zeile 20 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Inhalt.

Heitere joviale Bilder. Verbrechen. — Reaktionen von der Berliner Sattler-Zwangszinnung. — Die Zukunft des Automobils. — Unsere ausländischen Organisationen. — Aus dem Auslande. — Vereinsleben. — Gewerkschaftliches. — Innungswesen. — Rechtsprechung. — Vermischtes. — Humoristisches. — Ausgrabungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung.

Zureisende Kollegen haben sich vor Annahme von Arbeit bei dem betr. Vertrauensmann zu erkundigen ob und wo am Orte gekreist wird resp. ob eine Werkstelle gesperrt ist.

Gesperrte Werkstellen:

Mannheim. Holzwagenfabrik Renold.
Wien. Tischnerwerkstelle Johann Fröhlich.

Heitere joviale Bilder. — Verbrechen.

Der längere Zeit im Dienste der Arbeiterpartei oder der Gewerkschaft thätig war, hat öfters am eigenen Leibe erfahren können, wie leicht es ist, mit Wort oder Schrift einen Gesetzesparagrafen anzustoßen und sich eine Anklage und eine Verurteilung zuzuziehen. Es kommt durchaus nicht selten vor, daß eine einigermassen scharfe Aeußerung benutzt wird, um gegen einen im Interesse der Arbeiterbewegung thätigen Rechner vorzugehen; jedes Wort, das dem überwachenden Beamten einigermassen verdächtig vorkommt, wird sorgfältig notirt und daraufhin untersucht, ob es keine Aufreizung, Beleidigung u. s. w. enthalte. Wie oft hat eine unbedachte Aeußerung längere Gefängnisstrafe nach sich gezogen.

Man scheint nicht immer so empfindlich zu sein. Vorige Woche stand der „Dreischrag“ Pädler, ein antisemitischer Agitator, vor der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichtes, um sich auf eine Anklage wegen Aufreizung zu verantworten.

Am 14. Dezember vorigen Jahres fand eine antisemitische Volksversammlung statt, nachdem eine solche, die einige Tage zuvor anberaumt gewesen war, aufgehoben worden war. Graf Pädler hielt eine seiner fattig bekannten Reden. Er soll dabei u. A. gesagt haben: „Ist diese Versammlung vorbei, so machen Sie eine Bierreise, und wenn Sie einen schwarzgelockten Judenjüngling treffen, so führen Sie ihn hinaus, und wenn der Wirth Skandal macht, so schmeißen Sie ihn auch hinaus. Das Ansehen der Juden nützt nichts, die Kerle müssen mit eiserner Faust angefaßt werden. Die Leicht werde ich noch einmal wieder Anführer in Klein-Tschirne, dort könnten die Anwesenden mich besuchen. Ich habe dort auch einen Juden, den könnten Sie „verbimsen“, so viel Sie wollen. Ich werde auch Häubigen gegen die Juden auffahren lassen u. s. w.“

Der Angeklagte Graf Pädler gab zu, die beanstandeten Aeußerungen gethan zu haben, aber keineswegs in der Absicht, die Zuhörer zu bewegen, alles kurz und klein zu schlagen oder sonstige Ausschreitungen zu begehen, sondern lediglich, um seine Rede durch herbe, scherzhafte Einschaltungen zu würzen, wie es alle Volksrechner, wie Sticker, Hübner u. s. w. zu thun pflegten.

Pollzeileutnant Schirmer, der die Versammlung überwacht hatte, behauptete, daß die Kraftausdrücke des Grafen Pädler von der Versammlung als heitere, joviale, oratorische Bilder aufgefaßt worden und die Versammlung nicht im geringsten aufgeregter worden sei. Anderer Ansicht über die Zuhörerschaft des Grafen Pädler war Polizeileutnant v. Sanden, der eine andere Versammlung überwacht und diese aufgelöst hat. In dieser Versammlung hatte Graf Pädler gesagt, daß er soeben von einer Agitationsreise komme und gepostet hatte, daß sich inzwischen in Berlin etwa 20–30 deutsche junge Leute zusammengesunden hätten, um eine Razzia zu unternehmen und die Judenjünglinge

gründlich zu verhauen. Polizeileutnant v. Sanden bekundete, daß er sehr energisch habe auftreten müssen, ehe der Saal geräumt wurde, auch seien ihm dabei spitze und ironische Redensarten zugehört worden. Auf Antrag des Verteidigers wurden mehrere Urtheile verlesen, durch welche der Angeklagte Graf Pädler wegen noch stärkerer Ausdrücke freigesprochen worden ist.

Der Staatsanwalt hielt den vorliegenden Fall geradezu für ein Musterbeispiel für die Anwendung des § 130, denn die Rede enthalte einen direkten Appell an Faust und Mittel und nicht mißzuverstehende Drohungen. Die Juden konnten sich ernstlich in ihrer Rechtssicherheit bedroht fühlen. Da Graf Pädler nicht als Komiker aufzutreten sei, so habe er das Bewußtsein und den Willen der Aufreizung gehabt und sei sich der Gefährlichkeit der Aufreizung bewußt gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Grafen Pädler 500 Mk. Geldstrafe event. 50 Tage Gefängnis. — Der Verteidiger suchte aus der Entstehungsgeschichte des § 130 nachzuweisen, daß eine Anreizung zu Feindseligkeiten gegen die Juden an sich nicht verboten, eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten hier aber aus subjektiven und objektiven Gründen ausgeschlossen sei, zumal Graf Pädler aus verschiedenen freisprechenden Erkenntnissen seine Berechtigung zum Gebrauch solcher Ausdrücke habe entnehmen können.

Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 800 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof hielt alle Thatbestandsmerkmale des § 130 für erfüllt. Der Angeklagte habe nicht nur zu Feindseligkeiten, sondern zu Gewaltthätigkeiten aufgefordert er habe auch nicht nur bildlich gesprochen oder geschrien, er habe durch seine Anreizungen den öffentlichen Frieden gefährdet, müsse auch das Bewußtsein hiervon haben. Bei der Strafzumessung ist berücksichtigt worden, daß Graf Pädler noch unbeschäftigt ist und aus ehrlicher Ueberzeugung gehandelt hat, wie ihm geglaubt werden soll.

Ungefähr am selben Tage, an dem die vorher geschilderte Verhandlung gegen den Grafen Pädler stattfand, verhandelte die Strafkammer in Fürtz gegen fünf Arbeiter. Sie ertheilten sechsmonatliche und einhalbjährige Gefängnisse, weil sie an einer Zusammenrottung von Menschen theilgenommen gewesen seien, aus der Kundgebungen gegen eine Anzahl von Streikbrechern fielen. Angeklagt waren Sebastian Beslmeißel, verheirathet, Mich. Schauer, verheirathet, Andr. Kopp, verheirathet, Mich. Rabitz, ledig, und Karl Dirschel, ledig, je eines Vergehens des Landfriedensbruchs. Die ersten vier Angeklagten sind ganz unbedeutend, Dirschel schwerer verurtheilt. Geladen sind 12 Belastungs- und 3 Entlastungszeugen.

Der Anklage liegen die Vorgänge anläßlich des Streiks in der Negeischen Glasbleiserei zu Grunde. Am 15. April d. Js. brach der Streik aus. Am 18. April Abends um 7 Uhr — es dunkelte bereits — hatten sich vor der in der Theaterstraße in Fürtz gelegenen Fabrik Hunderte von Menschen angeammelt. Auf Anträgen zweier Schutzleute vertieften die Arbeitswilligen — von denen eine ganze Anzahl schwer verurtheilt ist, wie in öffentlicher Magistratsitzung festgestellt wurde — die Fabrik durch den hinteren Ausgang. Trotzdem wurden sie von der Menge bemerkt, die ihnen theilweise bis zur Polizeistation am Ludwigs-Bahnhof folgte. Unterwegs wurden Rufe wie: „Streikbrecher! Streikbrecher!“ u. s. w. laut. Zweimal wurde geworfen. Die beiden Steine waren nach Aussage des Belastungszeugen Kellermann, der von einem Stein in den Rücken getroffen wurde, „so groß wie drei Fingerippen“. Jemand einen Verletzung oder auch nur einen blauen Fleck hat Niemand dabongetragen. Wer die Steine geworfen hat, wurde nicht festgestellt. Auch nicht einmal die Vermuthung wurde ausgesprochen, daß einer der Angeklagten geworfen haben könne. Geringfügig wurde den Verurtheilten bewiesen, daß sie die Arbeitswilligen beleidigt haben. Lediglich ihre Theilnahme an der Zusammenrottung kommt in Frage!

Auch diese Theilnahme an der Zusammenrottung wird von dreien der Angeklagten in Abrede gestellt. Schaller, der nicht zu den Ausständigen gehörte und bei einem anderen Arbeitgeber in Arbeit stand, will zufällig dazu gekommen sein, als die Arbeitswilligen mitsamt der Menge schon an der Schwabacherstraße waren. Neugierig geworden, sei er hinterdrein gegangen. Auf dem Wege habe er den Fabrikbesitzer Nezer und seinen Sohn, mit denen er weilkäufig verhandelt ist, getroffen und denen noch ein Scherzwort zugerufen. (Letztere Angabe wurde von dem Sohne des Fabrikbesizers unter Eid bestätigt.) Ropp, der ebenfalls in Arbeit stand, will auch dazu gekommen sein, als die Menge schon fort war. So 200 Meter sei er hinter der Menge nachgewesen. (Auch diese Angabe wurde von einem Zeugen unter Eid bestätigt.) Rabitz sagt, es seien wohl über 1000 Personen gewesen, die den Arbeitswilligen gefolgt seien. Von der Menge sei er mit fortgerissen worden. Am Hotel National sei es ihm gelungen, sich freizumachen. Er sei dann fortgegangen.

Der Staatsanwalt stütze seine Anklage hauptsächlich auf die Aussage des früheren Richters und nachherigen Arbeitswilligen Johann Blöchl, eines vorbestraften Menschen, gegen den zur Zeit wieder ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung (Messerstecherei) schwebt.

Dieser Zeuge sagt aus, als sie ihrer sechs oder sieben hinter zur Fabrik hinausgegangen seien, habe dort einer gestanden und „gewinkt, daß die andern kommen sollten“. Wer es gewesen sei, wisse er nicht. Er hätte aber später gehört, daß es der Beslmeißel gewesen sei. Vor der Polizeistation am Ludwigs-Bahnhof sei Schaller auf und ab gegangen und habe pliontri, „wo wir herauskommen“. Alle Entlastungszeugen seien bei dem Aufzuge dabei gewesen. Die Angeklagten Schaller, Ropp und Dirschel habe er unterwegs gesehen. Schaller insbesondere „ist bei dem ganzen Aufzug dabei gewesen“!

Auf Befragen seitens des Verteidigers mußte Blöchl zugeben, daß er so zu sagen an der Spitze des Zuges marschierte; er konnte also die Angeklagten gar nicht beobachten, selbst wenn diese sich wirklich unter der Menschenmenge befunden haben sollten. Das zur Charakteristik dieses Zeugen!

Wegen jedes Entlastungszeugen wurde Blöchl gefragt, ob derselbe von ihm im Zuge gesehen worden. Bestätigte B. dies, so wurde die Vernehmung des betreffenden Zeugen unterlassen!

Obgleich nun Schaller und Ropp durch selbst von Blöchl nicht verdächtige Zeugen nachweisen konnten, daß sie sich nicht in der Menge befanden, hielt der Staatsanwalt auch ihnen gegenüber die Anklage wegen Landfriedensbruchs aufrecht. Er beantragte für Beslmeißel 6 Monate Gefängnis, für Dirschel 5 Monate, für Ropp, Schaller und Rabitz je 4 Monate Gefängnis. Sollte das Gericht von der Theilnahme der Angeklagten Schaller und Ropp an dem Zuge nicht genügend überzeugt sein, so beantrage er, in Bezug auf diese beiden die Verhandlung auszusetzen und noch einen Zeugen Johann Schmidt zu laden, der in der Voruntersuchung die beiden Angeklagten belastet habe.

Der Verteidiger erklärt, daß, wenn der Herr Staatsanwalt die Verhandlung vertagen wolle, bis der Zeuge vernommen werden könne, er lange warten müsse. Der Belastungszeuge Johann Schmidt sei nämlich vom Untersuchungsrichte, ob seiner die Angeklagten belastenden Aussagen in die Enge getrieben, ins Ausland geflüchtet, um einer Kettenanklage zu entgehen. Er bitte, die Angeklagten von der Anklage des Landfriedensbruchs freizusprechen. Im ungünstigsten Falle könnte § 153 der G.O. hier in Betracht kommen. Sollten sich die Richter von der Unschuld der Angeklagten aber nicht überzeugen haben, so bitte er für dieselben um eine milde Strafe.

Nach kurzer Beratung sprach das Gericht sämtliche Angeklagte des Landfriedensbruchs für schuldig. Beslmeißel, Schaller und Dirschel erhielten je 8 Monate 15 Tage, Ropp und Rabitz 8 Monate Gefängnis.

Mit 800 Mark Geldstrafe ist keiner davon gekommen.

Gemäß Entscheidung des Ehrenrathes haben sich in Jüterburg zwei Leutnants duellirt, wobei der eine durch einen Schuß in den Unterleib getödtet wurde. Der Grund zum Duell war folgender:

Am Tage vor dem Polterabend gab Leutnant Blaslowitz seinen unverheiratheten Kameraden im Kasino die übliche Abschieds-bowle. Daß er selbst dabei des Guten zu viel gethan hatte, haben seine Kameraden nicht bemerkt; sonst hätten sie ihn nicht allein nach Hause gehen lassen. In der frischen Luft scheint jedoch die Bowle ihre Wirkung gethät zu haben, denn als in der Reitbahnstraße die Artillerieleutnants Hildebrand und Rasmussen ihren Kameraden Blaslowitz trafen, schien er ihnen so schwach auf den Füßen, daß sie beschlossen, ihn der Vorfrist halber nach Hause zu bringen. Leider führten sie diese Absicht nicht sofort vollständig aus; sie brachten den kaum seiner Sinne mächtigen nur bis in die Nähe seiner Wohnung und glaubten, er würde von dort allein nach Hause finden. Sie waren bereits eine nicht unerhebliche Strecke von der Stelle entfernt, an der sie den Leutnant Blaslowitz seinem Schicksal überlassen hatten, als ihnen Bedenken aufstiegen, ob sie gut daran gethan hätten, den Kameraden nicht ganz nach Hause zu bringen. Deshalb kehrten sie um und fanden den Leutnant Blaslowitz fast auf derselben Stelle, wo sie ihn verlassen

hatten. Augenscheinlich hatte er sich zunächst an ein Haus angelehnt gehabt und war dann heruntergefallen, so daß ihn die beiden Offiziere in hockender Stellung, schlafend, an die Mauer gelehnt, antrafen. Sie sagten ihn deshalb unter die Arme und suchten ihn emporzuheben. Dabei schlug der Trunkene mit den Armen um sich, ohne im Schlafe zu wissen, wer ihn angefaßt hatte und gegen wen er sich wehrte.

Das ist die Ursache zum Zweikampf!

Am nächsten Morgen fuhr Leutnant Blaslowitz zu seinem Polterabend nach Deutsch-Eylau. Man kann es ihm gewiß glauben, wenn er versichert, von den Vorgängen des letzten Abends am nächsten Morgen nichts gemerkt zu haben. In Deutsch-Eylau war alles zur Feier des Polterabends vorbereitet, auch die Gäste waren bereits erschienen, als ein Telegramm aus Jüterburg eintraf, das den Leutnant Blaslowitz aufforderte, sofort nach Jüterburg zu kommen, er sei von zwei Offizieren gefordert und müsse wahrscheinlich den Ehrenhandel sofort austragen. Die Hochzeit war auf Sonnabend festgesetzt. Sie wurde infolge dieses Telegramms verschoben und Leutnant Blaslowitz reiste sofort nach Jüterburg. Dort erfuhr er, daß die Leutnants Hildebrandt und Rasmussen den Vorgang gemeldet und ihn gefordert hätten. Nun tagte ein Ehrenrath. An dem sollen außer dem Regimentskommandeur Obersten von Reiskwitz der Hauptmann Weyergang und die Oberleutnants Müller und Quade theilgenommen haben. Leutnant Blaslowitz wollte die Angelegenheit, von der er thatsächlich nichts wußte, in der Weise regeln, daß er eine Ehrenerklärung den beiden Artillerieoffizieren gegenüber abgab, und die Verletzten wollten sich damit auch begnügen. Es verlautet sogar, daß einer der beiden Artillerieoffiziere seine Forderung nach richtiger Würdigung der Verhältnisse zurückgenommen hatte oder habe zurücknehmen wollen. Der Ehrenrath entschied jedoch so, daß der Zweikampf unvermeidlich war, der Brigadekommandeur, Generalmajor Stamm in Gumbinnen und der aus dem Krosigkprozeß bekannte Divisionskommandeur v. Alten in Jüterburg haben von dieser Entscheidung Kenntniß erhalten.

Wenn die Nürnberger Arbeiter drei Monate Gefängnis bekommen haben, was werden die Offiziere erhalten, die zu diesem Morde angefaßt haben?

Reaktionäres von der Berliner Sattler-Zwangs-Innung.

Als die Sattlerinnung Berlins im Jahre 1898 daran ging, die freie Innung in eine Zwangsinnung umzuwandeln, saßen auch die Berliner Sattler den Vorschlag, auf Grundlage der jetzigen Gewerbestimmungen an der neuen Institution mitzuarbeiten, um auch auf diesem Wege den Meistern Terrain abzugewinnen und schließlich doch zu einer oder der anderen Konzeption zu bewegen.

Diese Hoffnungen, sie haben sich nicht erfüllt. Wohl trafen die Herren der Innung nur so von Wohlwollen für die Arbeiter, aber betrachtet man das, was in den drei Jahren thatsächlich gethan worden ist, so kommt man zu dem Resultat, daß die Berliner Zwangsinnung auch nicht das Geringste gethan hat, um dieses Wohlwollen zu realisiren. Die Fährne, auf der sie als eine der Aufgaben der Innung „die Förderung eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“ geschrieben hat, hat sie wohlverwahrt in die Ecke gestellt. Alle Anträge, die in dieser Hinsicht seitens des Gesellen-Ausschusses an sie gestellt worden sind, hat sie einfach, ohne viel zu prüfen, auf Grund ihrer Machtverhältnisse abgelehnt. Es heißt bei ihr einfach, warum lange untersuchen, lehnen wir einfach ab, was von jener Seite kommt, für uns kann es nichts Vortheilhaftes sein. Und ein Vortheil für den Innungsbruder soll doch der ganze Innungsdrummel nun einmal sein. Die Bestimmungen über die Vertretung der Gesellen u. s. w. müssen in den Kauf genommen werden, sie werden dann ja doch ignorirt. So ungeachtet denken unsere Innungsmeister.

Was ist denn bis jetzt geschehen betreffs des Gesellen, des Lehrlings und des Herbergswelens? Nichts! Was ist geschehen auf Grund der Anträge, die der Gesellen-Ausschuß im Interesse der Arbeiterschaft gestellt hat? Wiederum nichts! Und frage nur Jemand einen Innungsmeister, was weiter geschehen soll, so wird er wieder die Antwort erhalten: Nichts! Treffend bewiesen wird das Gesagte schon an dem, was wir kurz den Kollegen vor Augen führen wollen.

Lassen wir das Verhalten der Innungsmeister bei der Beratung des Innungsstatuts, wo sie ihr Versprechen den Arbeitern gegenüber nicht hielten, trotzdem es zu lebhafter Kritik herausgefordert hat, gänzlich außer Betracht, so bleibt doch noch genug übrig, was das Schuldbonto der Innung schwer belastet. Um nur einige Thatfachen anzuführen, sehen wir uns einmal das Verhalten der Innungsbrüder bei den Beratungen der 20er Kommission an. Nachdem durch ein Referat des Vorsitzenden des Gesellen-Ausschusses in der Innungs-Versammlung der Stein ins Rollen gebracht war, wollte man doch etwas thun. Gut, wählen wir eine Kommission. Hierdurch ist Zeit gewonnen, und Zeit gewonnen, ist Alles gewonnen. Es wurde verhandelt, es wurde parlamentirt, man hob das Handwerk, man wusch den Pelz, man häutete sich aber

beileibe, denselben naß zu machen. Ein Jeder wollte die Mißstände in der anderen Branche beseitigen, wenn es aber an die eigenen ging, hatte er dazu plötzlich kein Mandat. Das ging so lange, bis die organisierten Arbeiter sich gezwungen fühlten, die Verhandlungen abubrechen, da das ganze nur eitel Spiegelschere war.

Dann kam das bräutliche Verhalten der Innung bei dem Antrage auf Einführung eines partiitischen Arbeitsnachweises. Die Herren warfen die wohlwollende Maske so nach und nach ab und ließen jede Rücksicht fallen. Noch nicht einmal eine Kommission wählten sie jetzt, ob es angängig sei, einen solchen einzuführen. Gegen die gewichtigsten Gründe verschänzte man sich hinter die Macht — Macht geht eben vor Recht — und sagte, wir wollen nicht. Was gehen uns diese Leute an, wir wollen die Macht in Händen haben. Man lehnte den Antrag glatt ab.

Waren die Herren hier immer in der Abwehr, kämpften sie hier immer für ihre alten Privilegien, so war ihnen dies doch auf die Dauer nicht genügend. Der Kamm ist ihnen mit der Zeit so geschwollen, daß sie jetzt zum offenen Angriff übergehen. Nicht nur das Handwerk wollen sie heben, sondern auch die Lage ihrer Arbeiter. — Aber fragt mich nur nicht wie! — Ihr Angriffsobjekt ist dieses Mal die Ortskrankenkasse der Sattler, die es ihnen angethan hat. Hier ist das Geld, auf dem sie ihr Licht wollen leuchten lassen. Sie haben es abgeben vor allen Dingen auf die Agitatoren, die in der Kassenverwaltung sitzen, diesen wollen sie den Lebensfaden abbinden. Da sie anders nicht in der Lage sind, diesen schönen Plan auszuführen, gehen sie eben daran, eine Innungs-Krankenkasse zu gründen. Wird das Bestehen der Ortskrankenkasse auch dadurch in Frage gestellt, was kümmert sie das, sie haben ja ihren Zweck erreicht, ein paar Leute, die ihnen nicht gefallen, haben ihre Existenz verloren.

Diese geplante Gründung ist das Ungeheuerliche, was einer unserer Innungsälteste bisher ausgedacht hat; dafür ist der Erfinder aber auch ein Hirboxer. Dieser Herr schlägt die Gründung vor, und die Innung macht mit; dieser Herr bringt sich dann auch gleich in empfehlende Erinnerung, er will die Arbeit des Mandanten billiger machen, als sie bis jetzt gemacht wird; wahrscheinlich wird er als Mandant in Aussicht genommen sein. Was will man mehr.

Unsere alte Ortskrankenkasse wollen uns die Herren nehmen sammt ihren guten Leistungen, als Gegenleistung wagen sie es, uns das Vorkaufsrecht der Hälfte der Beiträge anzubieten. Nein, ihr Herren! Nur die allgeröttesten Kälber wählen ihren Metzger selber. Da für wollen sich die Berliner Sattler ihr Selbstverwaltungsrecht denn doch nicht nehmen lassen, sie sind selbst Mannes genug, dieses auszuüben. Diese Herren noch dazu, die ein solches Anerbieten machen, ihnen fällt es überhaupt leicht, die Hälfte zu zahlen. Zum allgeröttesten Theile beschäftigen sie allenfalls einen Lehrling, zu einem Theil Niemanden, und die Andern, und das sind die Hauptschreier, haben nicht einmal ein Geschäft. Sie haben aus den Knochen d. r. Sattlergesellen soviel herausgeschunden, um beschaulich einen Sechsbreiter-Rentier marieren zu können. Das ist ja das Trauige bei der Zwangs-Innungs-Einrichtung, daß diejenigen, die der Innung gezwungen angehören, nicht die Innungs-Versammlungen besuchen. Bindend sind die Beschlüsse nachher aber doch für sie. Diese paar Herren mit den paar Arbeitern sind eben unfreiwillig genug, ihre Beschlüsse, die in diesem Falle so weittragender Natur sind, den Andern zu dekretieren. Nun, leicht soll es ihnen dieses Mal nicht gemacht werden.

Den Kollegen kommt die Angelegenheit ziemlich unerwartet. Als vor einiger Zeit in einer Versammlung darauf hingedeutet wurde, fiel sogar das Wort von dem nicht „Graulichmachenlassen.“ Nun, Kollegen, graulich zu machen ist hier nichts, es sind Thatsachen. Biel zu sehr ist in letzter Zeit das persönliche Gebiet im Krankentassenleben betreten worden. Wir glauben, daß jetzt genug davon ist. Wir sehen jetzt einen ganz anderen Feind, als den Gegner in unseren Reihen. Fassen wir jetzt unsere ganzen Kräfte zusammen, um diesem Gegner die Stirn zu bieten. Der Anfang ist schon gemacht. Die öffentliche Versammlung der Kassenmitglieder über die an anderer Stelle berichtet wird, hat schon scharf dagegen protestirt und um diesen Prozeß zu einem noch weitwiderständigeren zu machen, muß er noch weitere Kreise ziehen. Der Gesellenauschuß und die gewählte Kommission der organisierten Kollegen wird gewiß kein Mittel unterlassen, um die alten, wohl-erworbenen Rechte der Mitglieder zu schützen und sie vor Schaden zu bewahren. Kollegen bedenkt, was auf dem Spiele steht! Eure Rasse, die Euch im Erkrankungsfall vom ersten Tage ab und für jeden Sonn- und Feiertag auf die Dauer von 52 Wochen Unterstützung zahlt, soll auch genommen und dafür eine Innungskasse gegründet werden, die nicht mehr geben kann, als die gesetzlichen Mindestleistungen. Was das heißt, wird gewiß ein Jeder begreifen und darum noch einmal, sei ein Jeder auf dem Posten, sehe er hinter den berufenen Vertretern seiner Interessen und die Innung, dieses neubelebte Popsthum, wird in ihre Schranken gewiesen werden.

Die Zukunft des Automobils.

Von Emil Capitaine (Frankfurt a. M.)

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

Die Entdeckung des Automobilwesens ist gegenwärtig an einem bedeutamen Wendepunkt angelangt. Man wollte schnell und schneller fahren; es war ein Wettfahren bis zur Tollkühnheit. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, wo man einsehen lernt, daß dieser bis zu den äußersten Grenzen getriebene Sport nicht nur für die ihn Ausübenden, sondern auch für die Allgemeinheit große Gefahren in sich schließt und man beginnt Verordnungen zu erlassen, die auf öffentlichen Straßen das Ueberschreiten gewisser Fahrgeschwindigkeiten verbieten. Diese Verbote werden eine erhebliche Einschränkung des Automobilsports zur Folge haben und die überaus zahlreichen Fabrikanten von Automobilen werden mehr und mehr praktischen Verwendungszwecken sich zuwenden müssen.

Wie sieht es aber mit der praktischen Verwendbarkeit der heutigen Automobile? Fassen wir hier nur die in der Mehrzahl in Betrieb befindlichen mit Benzin und ähnlichen Stoffen betriebenen Fahrzeuge ins Auge. Noch vor Kurzem würde man ein Automobil für Personenbeförderung mit einer Fahrgeschwindigkeit von nur 15—20 Kilometer per Stunde als eine völlig wertlose Sache betrachtet haben, denn als selbstverständlich erschien es, von einem solchen Verkehrsmittel eine Fahrgeschwindigkeit von mindestens 40 Kilometer per Stunde zu verlangen. Derartig hohe, für den Automobilisten allerdings noch recht niedrige Fahrgeschwindigkeiten waren nicht möglich ohne Anwendung von luftgefüllten Gummirreifen. Hier sind wir gleich an dem heikelsten Punkte des heutigen Automobilwesens angelangt. Es steht fest, daß etwa 60 pCt. aller Reparaturen dieser Selbstfahrer auf die Pneumatikreifen entfallen. Zwar giebt es Optimisten, die an die Möglichkeit glauben, die Reifen berart zu verbessern, daß man getrost über die gefährdeten Räder, Scherben, spitzen Steine u. s. w. fahren könne, ohne daß der Reifer leide. Eine derartige Verbesserung aber erscheint völlig ausgeschlossen. Solange ein Material eine Verschiebung der einzelnen Molekel gegeneinander und zueinander ohne bleibende Deformation gestattet, wie es bei dem Gummi der Fall ist, wird solches immer eine geringere Widerstandsfähigkeit resp. Festigkeit haben als Eisen, Glas und dergleichen. Werden dem Gummi festere Körper in irgend einer Form, Anordnung oder Mischung beigelegt, so wird eben jene Elastizität aufgehoben und der beigefügte, dem Eisen oder Glas Widerstand leistende härtere Körper muß notwendig bei seinen unausgesetzten Verschiebungen in der elastischen Masse zerfließen.

Sobald die Verordnungen über die einzuhaltenden Maximal-Fahrgeschwindigkeiten allgemein geworden und eine Zeit lang mit der im Interesse der Verkehrssicherheit wünschenswerthen Strenge durchgeführt sein werden, werden die Gummirreifen allmählich von selbst verschwinden. Betrachten wir einmal die heutigen durch Pferde bewegten Fahrzeuge. Es ergibt sich dann, daß die Zahl derjenigen, die Räder mit solchen Gummirreifen besitzen, im Verhältnis äußerst gering ist und solche mit Pneumatikreifen nur sehr selten zu finden sind. Man hielt es bisher für einen besondern Luxus, auf Gummi zu fahren. Der Sport-Enthusiast jedoch kaufte unbedenklich Wagen, die ein vielfach größeres Gewicht haben, als die heutigen Luxuswagen und auf 3, 4 und selbst 5 rädigen Gummirreifen sich fortbewegten. Eine spätere Zeit wird über diese riesigen Gummirollen vielleicht ebenso spödeln, wie über gewisse überlebte Modethorheiten.

Die Mehrzahl der heutigen Automobile läßt eine Beseitigung der Pneumatikreifen auch bei jener mäßigen Fahrgeschwindigkeit von nur 15—20 Kilometer nicht zu. Der Pneumatikreifen erleichterte dem Automobil-Bauer die Aufgabe ganz wesentlich, und die unfünftigen Wagenkonstruktionen wurden durch sie begünstigt. Man konnte die Wagenachsen beliebig beschweren, ganze Motore mit Vorgelege daran hängen, die empfindlichsten Mechanismen an dem Wagen und an den Achsen anbringen. Genügte ein dreizähliger Reifer nicht, dann nahm der in Rädern gerathene Konstrukteur einfach einen solchen von 4 Zoll, und der Wagen lief. Sucht das Automobil den Pferdebetrieb auch dort zu verdrängen, wo man „rechnet“ und vor Anschaffung eines solchen Fahrzeuges die Frage der Betriebs-, Amortisationskosten u. s. w. sorgfältig prüft und jenen des Pferdebetriebs gegenüberstellt, dann scheiden jene Sportfahrzeuge, für die der Pneumatikreifen Lebensbedingung ist, von selbst aus. Wird bei letzteren Fahrzeugen der Gummirreifen beseitigt, dann erst beginnen die Schwierigkeiten für den Konstrukteur, denn die erste Bedingung ist: möglichst wenig beschwerte Räder und Achsen, und dieser Bedingung entspricht heute wohl kaum eine einzige Automobil-Konstruktion. Die Räder können im Durchmesser nicht mehr so klein gewählt werden wie bei den heutigen Automobilen und müssen wegen des größeren Gewichtes des Wagens auch stabiler gebaut sein, als die der gewöhnlichen Fahrzeuge. Die Uebertragung der Kraft auf die Räder gestaltet sich bedeutend schwieriger, wenn man eine Konstruktion finden will, die bei einer Fahrgeschwindigkeit von 20 Kilometer über schlechte Wege und schlechtes Pflaster den starken Vibrationen auf die Dauer Widerstand leistet. Die jetzt üblichen Gelenke für die Borderräder sind bei den starken Erschütterungen schwerlich dauerhaft herzustellen, überhaupt, es thürmen sich Schwierigkeiten auf Schwierig-

keiten. Bei Lastwagen, wo die Vibrationen in Folge der bedeutend geringeren Fahrgeschwindigkeit weniger rasch und daher weniger heftig sind, sind auch diese Schwierigkeiten unergleichlich geringer.)

Das Fehlen der Gummireifen bedingt zudem einen stärkeren Rahmen, wie überhaupt einen stärkeren Bau des Wagens. Sind die Bodenverhältnisse schwierig, oder ist der Boden glatt, oder mit einer schmierigen Schicht überzogen, oder ist er, wie dies im Winter öfters vorkommt, mit einer Eiskruste oder Schnee bedeckt, so geschieht es, daß die angetriebenen beiden Räder gleiten, wie dies Verfasser bereits vor etwa 20 Jahren bei der von Wöhler in Berlin gebauten Volle'schen Dampfmaschine beobachten konnte. Man hat dann, wie bei den heutigen elektrischen Straßenbahnwagen einen gleichzeitigen Antrieb aller vier Räder vorzusehen, was die Sache aufs Neueste verwickelt. Verläßt man die wenig dauerhafte bewegliche Befestigung der Vorderräder an der Vorderachse und geht zur Anwendung des gewöhnlichen Drehschemels der heutigen Wagen über, dann wird der Antrieb der Vorderräder sogar Bedingung.

Bei dem stetig wachsenden Interesse, das man dem Automobilwesen heute zuwendet, dürfte es nicht nur den Fachmann, sondern auch den Laien interessieren, die Einzelheiten eines Automobils einer kritischen Betrachtung unterzogen zu sehen.

Das Automobil setzt sich zusammen 1. aus dem eigentlichen Wagen, 2. aus dem Motor, 3. aus der Vorrichtung zur Uebertragung der Kraft des Motors auf die Räder und 4. aus der Lenkvorrichtung. Was den Wagen betrifft, so sind die äußeren Formen und die Konstruktion wesentlich durch die Konstruktion und Anordnung des Motors, sowie die Vorrichtung zur Uebertragung der Kraft auf die Räder beeinflusst. Bis jetzt hat man auf elegante Formen, wie sie bei den übrigen Personenwagen anzutreffen sind, nicht das Hauptaugenmerk richten können, da den Konstrukteur noch immer der maschinelle Teil zu sehr beschäftigt und die praktische Gestaltung desselben bis heute noch zu keinem einigermaßen befriedigenden Abschluß gelangt.

Der Motor stellt eine recht komplizierte Sache dar, wenn er solid konstruiert und gebaut sein soll. Er besteht aus folgenden unentbehrlichen Hauptteilen: a) aus dem Zylinder mit Kolben, b) dem Kurventrieb mit Schwungrad, c) der Ein- und Auslassvorrichtung, d) einem Brennstoffbehälter mit Reguliervorrichtung für die Zufuhr des Brennstoffs und e) einem Topf für die Verminderung des Geräusches der austretenden Gase. Der solid konstruierte Motor soll aber außer jenen unbedingt notwendigen Hauptteilen noch besondere selbstthätige Vorrichtungen zum Köhlen des Zylinders, einen selbstthätigen Geschwindigkeitsregler und einen Staubfilter für die in großen Mengen von dem Motor angesogene Luft besitzen. Die wenigsten der heute auf dem Markt befindlichen Automotoren sind mit letzteren für den Betrieb so äußerst nötigen Einrichtungen versehen.

Das Prinzip der Motore ist der in Werkstatt arbeitende, mit Benzin gespeiste Gasmotor, den zuerst konstruiert und ausprobiert zu haben das große Verdienst von Nic. Aug. Otto ist. Seit mehr als 20 Jahren ist dieser Motor in vielen Tausenden von Exemplaren im Betriebe, aber meist in Werkstätten, wo der Motor auf einem festen Fundament im staubreichen Raume steht und unter diesen Verhältnissen ohne eigentliche Wartung so sicher arbeitet, wie die bestbediente Dampfmaschine. Für den Betrieb eines Wagens konnte dieser sicher arbeitende Gasmotor nicht ohne weiteres Verwendung finden. Zunächst ist der Motor zu groß und zu schwer, die Erschütterungen derselben sind zu heftig und endlich ist das Mitführen von Gas kaum durchführbar. Man verwandelte den langsam und ruhig laufende Motor in einen mehr oder minder schnelllaufenden, mit Benzindämpfen betriebenen Motor, der in Folge der Vergrößerung der Umlaufzahl entsprechend leichter und kleiner wurde. In dem Bestreben, einen möglichst kleinen und leichten Motor zu erhalten, trieb man die Umdrehungsgeschwindigkeit ins Ungeheuerliche. Während der feststehende Gasmotor von beispielsweise vier Pferdekraften nur 200 Umdrehungen in der Minute macht, läßt man die Automotoren mit 1000, ja sogar bis 2000 Umdrehungen per Minute arbeiten. Daß ein solcher Motor zuvörderst nicht mehr dauerhaft sein kann, muß Jedem einleuchten, der weiß, daß alle Versuche, die im Laufe der Jahre angestellt worden sind, einen raschlaufenden Motor, d. h. einen solchen, der nur 500 bis 600 Umdrehungen per Minute macht, in den praktischen feststehenden Betrieb einzuführen, gescheitert sind, obwohl diese raschgehenden Motore bedeutend billiger verkauft werden konnten.

(Schluß folgt.)

Unsere ausländischen Organisationen.

Oesterreich. Der Fachverein der Sattler, Riemer und Täschner hat beschlossen, eine Reichsstatistik aufzunehmen, um in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfange die Sattler-, Riemer- und Täschner-Industrie in Oesterreich betrieben wird.

Die Statistik soll weiter Aufschluß geben über Arbeits- und Lohnverhältnisse, über das Lehrlingswesen, über die Verwendung von gelehrten und ungelerten Arbeitern und weiblichen Hilfskräften, über die soziale Lage dieser Personen, weiters über die ständig und nur zeitweilig beim Gewerbe beschäftigten Personen sowie über die allgemeinen örtlichen Organisationsverhältnisse.

Um die Arbeiten möglichst zu vereinfachen, werden zwei Gattungen Fragebogen ausgegeben werden. Die Ausfüllung des Fragebogen A ist in Wien von den Gesellenauschüssen, in der Provinz von den Ortsgruppenleitungen, wo eine solche nicht besteht, von Vertrauensmännern vorzunehmen und soll ausweisen: Zahl der Betriebe am Orte überhaupt, Zahl der Betriebe, die Arbeiter oder Lehrlinge beschäftigen. In wie vielen Fällen wird die Sattlerei, Täschnerei oder Riemerei als Haupt- und als Zweiggewerbe betrieben. Zahl der Betriebe, die nicht den Branchen angehören, aber Branchenangehörige beschäftigen, wie: Fuhrwerksbesitzer, Maschinen-, Leder-, Waggonfabriken und Brauhäuser und die Zahl der dort Beschäftigten. Wird am Orte für den lokalen Bedarf gearbeitet oder Exportwaare erzeugt, von welchen der drei Branchen und in welchem Umfange wird ärarische Arbeit am Orte erzeugt und zwar: in Fabriken von Kleingewerbe oder Heimarbeiten. Wie groß ist die Zahl der Branchenangehörigen. Wie groß die Zahl der Arbeitslosen; wie viel gehören davon einer Organisation an. Ist durch die Organisation eine Besserung der Arbeitsbedingungen erreicht worden? Existiert am Orte eine genossenschaftliche oder sonstige Unternehmerorganisation? Weiters soll dieser Bogen auch eine kurze Schilderung der Wohnungsverhältnisse und der Lebensmittelpreise am Orte enthalten.

Der Fragebogen B, der an die Werkstätten und Heimarbeiter (Militärarbeit) abgegeben wird, soll ausweisen: die Dauer der Arbeitszeit und die in der Werkstatt vorfindlichen Löhne, ob Kost und Logis beim Unternehmer, Zahl der Beschäftigten a) gelehrte Arbeiter, b) Hilfsarbeiter, c) Arbeiterinnen. Ist in der Werkstatt die Akkord-, Wochen- oder irgend eine Art Theilarbeit eingeführt? Werden Maschinen verwendet? Angaben über die Kranken- und Unfallversicherung. Zahl der Lehrlinge, ob Kost und Logis beim Meister. Dauer der Lehrzeit. Angaben über die Ueberstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit und die hierfür übliche Entschädigung.

Wir befürchten, daß man zu viele Fragen gestellt hat und daß infolgedessen auf ein zuverlässiges Material kaum zu rechnen sein wird.

Die Schweizer Tapezierer haben sich endlich zu einem Zentralverbande Schweizer Tapezierervereine zusammengeschlossen. Es scheint kein Zentralverband im deutschen Sinne zu sein, sondern nur eine Zusammenfassung der im übrigen ihre Selbstständigkeit bewahrenden Fachvereine. Ob diese Form für die Schweizer Verhältnisse die beste ist, können wir nicht beurteilen, jedenfalls kann aber von einem Fortschritte gesprochen werden. Hoffentlich werden die Schweizer Sattler dem von den Tapezierern gegebenen guten Beispiele bald folgen.

Frankreich. „L'ouvrier en Voitures“, das Organ der französischen Wagenbauer, theilt in seiner Oktober-Nummer mit, daß in der letzten Zeit auf eine offene Stelle mehr als zehn Arbeitslose gewesen wären.

Aus dem Auslande.

Neue Aufnahmebedingungen in amerikanischen Gewerkschaften berichtet die „Bildhauer-Zeitung“:

Es bestehen jetzt, nachdem die Modelleure sich den Statistateuren angeschlossen haben, für alle drei Branchen (Holzbildhauer, Steinbildhauer und Modelleure) besondere Organisationen. Die Aufnahme bei den Holzbildhauern ist die leichteste von den drei Branchen, sie kostet hier in New-York 10 Dollars (1 Dollar = 4,20 Mk.), wovon die eine Hälfte sofort und die zweite Hälfte, nachdem eine Woche gearbeitet worden, erlegt werden muß. Bei den Steinbildhauern, die mit den Steinmeßern in einer Organisation sind, beträgt das Eintrittsgeld 50 Dollars, davon müssen 10 Dollars sofort, das andere in wöchentlichen Raten bezahlt werden. Das höchste Eintrittsgeld ist bei den Modelleuren und zwar 75 Dollars, von denen meines Wissens 50 Dollars gleich erlegt werden müssen, der Rest in wöchentlichen Raten. Man sollte nun annehmen, daß die Unions bei diesen hohen Aufnahmegebühren alles versuchen, um neue Mitglieder zu gewinnen, mit Ausnahme der Holzbildhauer ist aber das Gegenteil der Fall. Hauptächlich die Modelleure sind es, die wahre Abhaltungsmassregeln geschaffen haben, um den Eintritt so schwierig wie möglich zu machen, wenn nicht ganz zu vereiteln. So wird u. A. von jedem sich Neumitgliedenden eine Probearbeit verlangt, die er vor den Augen einer dazu bestimmten Kommission anfertigen muß. Nur in dem Falle, daß zwei Mitglieder dieser Kommission den Betreffenden als Modelleur anerkennen, wird er von dieser gewiß nicht angenehmen Prozedur entbunden. Ganz unmöglich ist der Eintritt, „wenn die Bücher geschlossen sind“, d. h. wenn bei unangenehmster Geschäftslage beschlossen wurde, auf drei oder mehr Monate niemand als Mitglied aufzunehmen. Und da bleibt denn den Zugewandten nichts anderes übrig, als zu warten oder aus Gerathenwohl in das Land hineinzugehen.

Das ist das Berrbild einer gewerkschaftlichen Organisation. Hier wird nicht für die gesammten Berufsangehörigen, sondern nur für eine Aristokratie von Arbeitern gesorgt; ob die übrigen zu Grunde gehen, ist diesen Gewerkschaften gleichgültig. Die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen sollen ähnlichen Schicksal sein.

Verband der Sattler und verw. Berufsgenossen.

Schaunmachung.

Trotzdem bereits 1 1/2 Monat seit Schluß des 3. Quartals ver-
gangen sind, stehen folgende Abrechnungen noch aus: Bremen,
Berlin V, Bielefeld, Breslau, Charlottenburg, Dresden I, Eis-
leben, Forst, Götting, Koburg, Kolberg, Köln, Königsberg, Stuttgart,
Ulm und Worms.

Die Verwaltungsstelle Danzig ist eingegangen.
Neugegründet ist eine Verwaltungsstelle in Cöthen.

Der Vorstand.

J. A.: Joh. Sassenbach.

Abrechnung vom 1. bis 14. November 1901.

Einsendungen von Verwaltungsstellen:
Bremerhaven 50,—, Flensburg 15,—, Bauen 16,70, Chemnitz 40,—,
Netersen 20,—, Hamburg I 100,— M. Summa 241,70 M.

Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern: J. Gery-
Düsseldorf 0,50, G. Hähnel-Rathenow 0,50 M. Summa 1,— M.
Beiträge von Einzelmitgliedern: L. Bauscht-
Berlin 2,—, L. Schupp-Dürheim 3,—, J. Clausen-Warnemünde
3,—, W. Joost-Loll 1,80, G. v. Seigberg-Alsd 3,—, J. Pfeiffer-
Dahlwitz 2,60, J. Gery-Düsseldorf 0,40, G. Hähnel 1,—, C. Löper
2,—, A. Schmidt 0,60, G. Spygulla 0,80-Rathenow), H. Stobbe-
Neuwedel 2,40, G. Alee-Hohenlimburg 1,—, A. Senast-Werne 3,—,
J. Niedtke-Bant 1,60, M. Brofeldt-Frankenhausen 1,80, W. Wörch-
Wergig 2,80, G. Bösch-Goslar 2,60, G. Herbst-Dassel 4,—,
J. Simon-Adenau 2,—, A. Ruch-Neumünster 2,60, G. Rulle-
Biberach 1,— M. Summa 44,80 M.

Auf Sammelisten: Bremerhaven 14,40 M.

Georg Standke, Hauptkassirer.
Berlin SO.

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus.

Agitationskomitee der Provinz Brandenburg.

Ende Januar 1902 findet wiederum eine Konferenz sämt-
licher Filialen der Provinz in Berlin statt. Bitte in den einzelnen
Verwaltungsstellen schon jetzt Stellung dazu zu nehmen.

Mit kollegialischem Gruß

Georg Standke, Obmann.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

Bromberg. K. Joh. Diegmeier Brachegasse 3.
Stettin. B. Goh, Birkenallee 28.
Berlin IV. B. Wils. Weidenbrück, Marienburgerstr. 11, Hof II.
Bamberg. K. B. Gaaser, Bahnhofstr. 2, II, V, Stadt Bitten.
Hann. B. Hans Baumer, Neudamm, Magdasse 14 1/2 bei Müller.
Hildesheim. B. Friedrich Senfner, Altesfeldstr. 29, IV.
Netersen. K. Wils. Köhn, Semmerstr. 1.
Berlin III. K. Wils. Giesler, Wronkestr. 125, Str. III.
Mühlheim a. Ruhr. B. Jakob Kessels, Broid, Duisburgerstr. 55. K. Carl
Dremsa, Köhler 8, V. Wils. Kirchholte, Köhler 16. Agitationsadresse für
Duisburg Friedrich Kautz, Hochfeldstr. 68.
Coburg. B. A. Schofer, Webergasse 24 (7-8). Total: Deutscher Kaiser, Ketschen-
gasse.

Berlin. Am 19. Oktober tagte eine Generalversammlung der
Militärsektoren-Sattler im Gewerkschaftshaus. Auf der Tages-
ordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.
2. Bericht der Lohn- und Lokalkommission und Neuwahl derselben.
3. Vereinsangelegenheiten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung
erhielt Kollege Hadelbusch das Wort, welcher den Bericht vom
9. Februar bis zum 19. Oktober 1901 brachte. Die stattgefundenen
Versammlungen zergliederten sich in 25 Mitgliederversammlungen,
2 außerordentlichen Mitgliederversammlungen, 26 Vorstandssitzungen
und einer kombinierten Vorstandssitzung. Die außerordentlichen
Mitgliederversammlungen beschäftigten sich mit dem Eberfeld-
Barmer Streik und den Feinarbeitern. Die übrigen Versamm-
lungen beschäftigten sich mit mehreren Statutenberatungen, der
Tarifkommission, den 1. Mai und der jetzt stattgefundenen Ur-
abstimmung. Die auf Vorkosten gesammelten Gelder betragen: bei
dem Eberfeld-Barmer Streik 2974,20 Mark, des Dresdener
894,05 Mark, der Glasarbeiter 8630 Mark, ergibt eine Gesamt-
summe 3464,55 Mark. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die
Kollegen wie folgt gewählt: Weidenbrück, Vorsitzender; Hildebrand,
Kassirer; Krüger, Schriftführer; Lohbert und Paul Nielebock, Bei-
sitzer; Raupert, Hilfskassirer; Revisoren Stasinowich und Zugbaum.
Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Krüger den
Bericht der Lohnkommission. Leider konnte in den letzten Monaten
keine rege Agitation entfaltet werden, in Folge der schlechten
Konjunktur; nur bei den Offizierssattlern zeigte die rege Agitation
Erfolg, indem die Lohnbewegung der letzteren zum guten Verlauf.

In die Lohnkommission wurden gewählt: Nielebock, Nielebock, Schepel,
Krüger und Habermann.

Berlin. Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Mit-
glieder der Ortskrankenkasse der Sattler Berlins, einberufen vom
Gesellenausschuß, tagte am 7. November im großen Saale des Ge-
werkschaftshauses und beschäftigte sich mit dem Beschluß der
Jnning, eine Zwangsbinnungs-Krankenkasse zu gründen. Der Vor-
sitzende des Ausschusses Kollege Hoffmann, setzte in seinem Referat
die Entstehung des Planes seitens der Jnning auseinander. Er
zeigte, daß nur persönliche Boreingenommenheit gegen die leitenden
Personen der Ortskrankenkasse die Veranlassung zur Gründung
einer eigenen Jnningkasse sei, außerdem aber auch die Absicht
des Selbstverwaltungsrechts der Kollegen zu vernichten. Durch
die Gründung der Jnningkasse ist aber das Fortbestehen der gut
fundierten Ortskasse vollständig in Frage gestellt. Referent zeigte
ferner, daß an die jetzigen Leistungen der Ortskasse, 52 Wochen
Unterstützung, 10,50 M. Krankengeld, Bezahlung der ersten drei
Tage in der Jnningkasse auf Jahre hin, nicht zu denken sei, wie
denn auch der größte Teil der Jnningkassen den gesetzlichen
Reservefonds nicht erreicht haben und größtenteils an ihre Mit-
glieder nur die Mindestleistungen bezahlen. Aus diesem Grunde
habe der Gesellenausschuß von dem ihm zustehenden gesetzlichen
Recht Gebrauch gemacht und gegen diese Gründung der Jnning
Protest erhoben. Die Jnningkasse kann nun erst dann ins Leben
treten, wenn die oberste Verwaltungsbehörde den Protest des Ge-
sellenausschusses aufhebt. Pflicht aller Kassenmitglieder ist es nun,
den Protest des Ausschusses wirksam zu unterstützen und so der
Behörde zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns eine zweifel-
hafte Jnningkasse aufdrängen zu lassen, wo wir eine gut
arbeitende Ortskrankenkasse besitzen. In der Diskussion wurde die
anwesende Meistertkommission aufgefordert, ihre Stellung zu be-
gründen. Herr Obermeister Zehle konnte nichts weiter sagen, als
daß die Vorarbeiten noch nicht so weit seien, um etwas Positives
vorzulegen. Die Kollegen Bloch, Weidenbrück, Hannemann, Zug-
baum, Meyer und Gruber sprachen ganz entschieden gegen die
Gründung der Jnningkasse und billigten das Vorgehen des Ge-
sellenausschusses in jeder Beziehung. Auch seitens der Freien
Hilfskassen der Sattler wurde eine Erklärung abgegeben, welche sich
entschieden gegen die Jnninggründung ausspricht. Folgende Re-
solutions wurde einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß durch Errichtung einer Zwangs-
Jnningkasse die Existenz der Ortskrankenkasse der Sattler
und verwandten Gewerbe zu Berlin schwer bedroht wird, in
weiterer Erwägung, daß die bisher gegründeten Zwangs-
Jnningkassen ihren Mitgliedern nicht das bieten, wie die
zumeist gut fundierten Ortskrankenkassen, sondern durch den
zu erfolgenden Uebertritt die Interessen der Mitglieder schwer
geschädigt werden, erwarten die am 7. 11. 1901 im Gewer-
kschaftshause anwesenden Mitglieder der Ortskrankenkasse der
Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin von der auf-
sichtführenden Behörde, der Zwangsbinnung der Sattler, die
Gründung einer Zwangsbinnungs-Krankenkasse nicht zu ge-
währen.“

Danzig. Um das angekündigte Eingehen der Verwaltungs-
stelle zu verhüten, sollte eine Versammlung mit einem Berliner
Referenten abgehalten werden. Auf das Ersuchen, eine Versamm-
lung einzuberufen, erhielten wir folgende Antwort:

„Hatte bis jetzt nicht den Mutz sinken lassen, aber jetzt
mache ich mir mit nichts mehr zu schaffen. Ich hatte gestern
(Montag) die Kollegen zu einer Besprechung eingeladen, wo
es sich wegen ein Vergnügen handelte. Hierzu waren denn
auch 15 Mann erschienen; ich schärfte dann auch noch einmal
ihre die Erinnerung an den Verband ein, aber es ist auch nicht
einer dazu zu bewegen.“

Demnach schicke ich hiermit alle Sachen zurück, und bitte,
mich mit nichts zu belästigen. Ich nehme von der Versamm-
lung am 7. 11. ganz Abstand. Das wäre ja der Schluß des
bleigigen Verbandes.

Wünsche bei den andern Filialen mehr Glück.

Ich habe mir genug Mühs gegeben.

Besten Gruß

B. Hans.

Habe heute alles abgeschickt. Bitte bringend, mich jetzt
nicht zu belästigen.“

Dresden. Am 19. Oktober fand eine öffentliche Sattler-
Versammlung im Restaurant Pirnaischer Hof, statt. Ueber das
Thema: „Die Wohnungsfrage und die bürgerliche Gesellschaft“
sprach Genosse Koh. Seine vortrefflichen Ausführungen fanden
lebhaften Beifall. Bei der Nachwahl zweier Arbeitsnachweis-
führenden werden die Kollegen Wandel und Schiffel gewählt.
Dann berichtet Kollege Siegesmund über die Konferenz der
Militärsattler. Hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Mit
der Aufforderung, thätig für den Verband zu agitieren und das
nächste Vergnügen, den 10. November, zu besuchen, wird die gut
besuchte Versammlung geschlossen.

Eberfeld. Am 19. Oktober tagte eine öffentliche Sattler-
Versammlung, in welcher Kollege Zerweck Bericht von der Konferenz
in Berlin erstattete. Die Kollegen waren der Ansicht, daß den
Fabrikanten an einer gemeinsamen Verhandlung mit den Delegierten,

sowie der Kommission nichts gelegen sei, sondern dieselben nur eine Einigung unter sich zu Stande bringen wollten, um so die Arbeiter noch mehr auszubuten. Es müßte sich daher jeder organisierte Kollege zur Pflicht machen, die unorganisierten dem Verbandszuführen, um den Fabrikanten bei günstiger Gelegenheit mit einem Generalkstreik zu antworten. Bedauerlicherweise war die Versammlung nur mittelmäßig besucht. Es hatten sich auch einige K u. K. Kollegen eingefunden, welche nicht viel schöne Worte über ihre Gleichen zu hören bekamen. Unter Verschiedenem wies Kollege Segerer auf unser am 8. November stattfindendes Stiftungsfest hin.

Hamburg. Kombinierte Versammlung der Filialen Hamburg I und II am 2. November 1901. Genosse Dauskötter referierte über den geplanten Bau eines Gewerkschaftshauses in Hamburg. Nachdem Nebner die praktischen und wirtschaftlichen Vorteile den Gewerkschaften gegenüber erläutert hatte, führte derselbe folgendes an: Das Unternehmen soll eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ sein. Der Bau ist auf 1 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Hierzu ist ein Stammkapital von 200 000 Mark erforderlich, welches durch Anteilsscheine à 1000 Mark gedeckt werden soll. 80 000 Mark sind bereits durch die Hamburger Gewerkschaftskommission und die drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs gezeichnet, während das übrige die Gewerkschaften decken sollen. In der Diskussion führt Dreyfus an, daß es unsere Pflicht sei, dieses Unternehmen nach besten Kräften zu unterstützen, doch ein jeder, der weiß, wie schwer unter den Hamburger Kollegen Geld aufzubringen ist, wird sich sagen müssen, daß es uns unmöglich ist, einen Anteilsschein à 1000 Mark zu erwerben. Faberburg ist der Meinung, daß es uns leicht sein müsse, 1000 Mark aufzubringen und spricht seine Mißbilligung darüber aus, daß andere kleinere Gewerkschaften die finanzielle Beteiligung einfach abgelehnt haben. Dreyfus tritt dem entgegen, da es nicht unsere Sache sei, über andere Gewerkschaften zu urteilen, deren Verhältnisse wir nicht kennen. Holtämper und Biebs sind ebenfalls der Meinung, daß es uns unmöglich sei, uns mit 1000 Mark daran zu beteiligen und halten Anteilsscheine von 500 Mark noch zu hoch für uns. Folgende Resolution gelangte hierauf zur Annahme: „Die am 2. November bei v. Salgen tagende kombinierte Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler, Filialen Hamburg I und II, erklärt sich im Prinzip mit dem Bau eines Gewerkschaftshauses in Hamburg einverstanden, macht jedoch bei der Parteikommission den Vorschlag, kleinere Anteilsscheine bis höchstens 500 Mark auszugeben, damit den kleineren Gewerkschaften es leichter möglich wird, sich daran zu beteiligen.“ Ferner wurde der Vorstand beauftragt, von anderen Gewerkschaften Erläuterungen einzuholen, wie diese die Gelder aufzubringen gedenken, dann soll in der nächsten Versammlung Beschluß hierüber gefaßt werden. Zum zweiten Punkt legte Filiale II Protest gegen die Wahl des Kollegen Dauskötter als Vorsitzender der Filiale I, weil derselbe Mitglied der Filiale II war. Im Laufe der Diskussion erklärte Kollege Dauskötter, freiwillig zu verzichten, mit dem Bemerkten, daß er bis zur Neuwahl zur Filiale I abtreten will. Punkt 3, Abrechnung vom Stiftungsfest, ergab ein Defizit von 89,45 Mark, welches aus der Kassa gedeckt werden soll. Hierzu wurde die Gabe der Kollegen getadelt, welche es nicht für nötig befanden, unsere Vergütungen zu besuchen. Die Kassafrage für unser nächstes Sommervergnügen wird dem Vergütungskomitee überlassen.

Magdeburg. Am 2. d. M. tagte in der Burghalle unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Unter gewerkschaftliches wurde in längerer Debatte auf die Mißstände der Krankenkasse der Sattler, Kürschner und Mützenmacher im Vergleich zu anderen Kassen hingewiesen, und den Kollegen, welche der Kasse angehören, dringend ans Herz gelegt, in der am 7. d. M. stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung nur für Auflösung der Kasse zu stimmen. (Sie haben auch den Sieg davongetragen). Kollege Wasel wies unter Verschiedenem auf die am Sonntag, den 8. d. M., stattfindende Arbeitslosenzählung hin, indem er noch bemerkte, daß es Pflicht eines jeden organisierten Kollegen wäre, sich der kleinen Mühe zu unterziehen und mitzuarbeiten.

Mün. Am 2. d. M. fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. Stellungnahme zur Gründung einer Kassa. Kollege Arnold stellte den Antrag, den Beitrag — wie im vorigen Jahr — auf 16 Pf. monatlich festzusetzen. Kollege Boith war der Ansicht, den Beitrag auf wesentlich 10 Pf. zu erhöhen, wie auf der Konferenz zu Offenbach beschlossen war. Da sämtliche Mitglieder unter Hinweis auf die diesigen Verhältnisse dagegen waren, stellte Boith den Antrag, den Beitrag wenigstens monatlich auf 25 Pf. festzusetzen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und der Antrag Arnold angenommen.

Gewerkschaftliches.

Ein Kongreß der Zivil-Berufe in u s i t e r fand am 18. November im Berliner Gewerkschaftshause statt.

Die Berliner Löhner hatten den am 1. Januar 1902 ablaufenden Vohntarif gekündigt und zugleich neben einigen Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen eine Erhöhung der Akkordlöhne um 25—30 pCt. verlangt. Es ist nun eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß die Akkordlöhne um 15 pCt.

erhöht wurden. Das Verlangen der Arbeiter, den neuen Tarif vor dem Einigungsamt festzulegen, wurde von den Unternehmern abgelehnt.

Die Bureauangestellten in Königsberg haben durch Umfrage festgestellt, daß der Durchschnittslohn der in Anwalts-Bureau Beschäftigten für die im Alter von 14—17 Jahren stehenden 15,80 Mk., für die im Alter von 18—25 Jahren stehenden 66,66 Mk. pro Monat beträgt.

Der Zwist in Hamburg. Die Hamburger Verbandsmänner haben vergangene Woche eine Kommission gewählt mit dem Auftrage, mit den Vertretern der „Freien Vereinigung“ und der Parteikommission über die Einigung der Maurer zu verhandeln. Dem Berichte des „Hamburger Echo“ entnehmen wir, daß die Versammlung von über 1000 Verbandsmännern besucht war. Moikensbuhr hielt eine Ansprache, in der er zur Einigkeit mahnte. Er erwähnte einen Bericht des „Hamburgischen Fremdenblattes“, wonach die „Freie Vereinigung“ beschlossen haben soll, als Einigungsbedingungen zu fordern, daß aus dem Tarifvertrag die Zeitbedingung gestrichen werde, daß der Vorstand der Hamburgischen Verbandszahlstelle zurücktrete und daß der „Grundstein“ die Verleumdungen der Mitglieder der „Freien Vereinigung“ zurücknimmt. Moikensbuhr ist der Meinung, daß von der Erfüllung dieser Bedingungen keine Rede sein könne, gleich aber der Hoffnung Ausdruck, daß trotzdem eine Einigung zu Stande kommt.

Kamens des Vorstandes des Maurerverbandes gab Rober die Erklärung ab, daß der Verband als Grundbedingung fordere die Aufhebung der Sonderorganisation und Anerkennung des bestehenden Tarifvertrages. Die Versammlung stimmte dem zu.

Die „Akkordmänner“ thäten gut, brav still zu sein und nicht mit Forderungen zu kommen, sie können sich dabei nur noch mehr blamieren.

Im Auftrage des letzten Gewerkschaftskongresses hat die Generalkommission ein Statut für einen Unterstützungsfonds für bedürftige Gewerkschaftsbeamte ausgearbeitet. Es wird Invaliden-Unterstützung, Witwen-Unterstützung und Waisen-Unterstützung vorgeschlagen. Die Beitrags- und Rentenhöhe sollen in zwei Abteilungen erfolgen; in der 1. Klasse bei einem Einkommen über 2000 Mark, soll der Beitrag monatlich 7,50 Mk., die Unterstützungsätze 1200, 600, 120 bei verlassenen und 240 Mk. jährlich bei Waisen, in der 2. Klasse bei Beitrag 5 Mk., die Unterstützung 900, 450, 90 und 180 betragen. Das auszuzahlende Sterbegeld für Mitglieder und deren Frauen soll 100 Mark betragen. Die Beiträge sollen zur Hälfte von den Versicherten, zur andern Hälfte von den Organisationen getragen werden.

Invalidenpension kann gewährt werden, wenn: nach Krankheit, verbunden mit mindestens sechsmonatlicher Erwerbsunfähigkeit laut ärztlichen Gutachtens weitere Erwerbsunfähigkeit vorhanden ist; auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses festgestellt ist, daß infolge hohen Alters oder des Verlustes der Arbeitskraft dauernde Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist.

Ein Klagenrecht auf Unterstützung soll ausgeschlossen sein. Diese bei Gewerkschaften selbstverständliche Bestimmung scheint uns bei einer Versicherungs-Gesellschaft bedenklich, wenigstens können wir vorläufig einen ausreichenden Grund nicht entdecken. Auch erscheint es uns wünschenswert, diese Frage mit dem Verein Arbeiterpresse gemeinsam zu regeln.

Innungswesen.

Zur Hebung von Zweifeln betreffs Führung des Meistertitels hat der Handelsminister kürzlich aus Anlaß eines Spezialfalles folgende Verfügung erlassen: „Nachdem am 1. Oktober 1901 die Bestimmungen im § 183 der Gewerbeordnung in Kraft getreten sind, kann die Befugnis zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks von Handwerkern nur durch Ablegung der im § 183 verordneten Meisterprüfung erworben werden, soweit sie nicht selbständigen Handwerkern auf Grund des Artikels 8 des Gesetzes vom 26. Juli 1897 ohne Ablegung dieser Prüfung zusteht. Dagegen kann die fragliche Befugnis durch Ablegung einer von einer Handwerkerinnung auf Grund des § 81 b veranfaßten Meisterprüfung nicht mehr erworben werden. So lange die zur Ausführung des § 183 erforderlichen Anordnungen, wie die Bildung der Prüfungskommissionen und der Erlaß der Prüfungsordnungen nicht erledigt werden können, wird die Abnahme von Meisterprüfungen hinausgeschoben sein. Dies kann ohne Schaden geschehen, da vom Bestehen der Meisterprüfung nur die Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, nicht aber die Befugnis zum selbständigen Betriebe des Gewerbes oder zur Anleitung von Lehrlingen abhängt — Dieser Erlaß ist seitens der Regierungen zur Kenntnis der Ortsbehörden gebracht worden.“

Rechtspredung.

Eine **wunderbare Entscheidung** hat das preussische Kammergericht gefällt, eine Entscheidung, nach welcher Plakate, die den Beitritt zu einer Gewerkschaft empfehlen, nicht in Gastwirth-

schaften aufgehängt werden dürfen! Ein Gastwirth in Steglitz hatte in seinem Schankraum ein Plakat des Verbandes der Hand- und Transportarbeiter aufgehängt, auf dem die Zwecke des Verbandes dargelegt waren und der Beitritt zum Verbands empfohlen wurde. Er wurde deshalb der Uebersetzung des § 9 des preussischen Pressgesetzes von 1861 angeklagt, welcher nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts noch Rechtskraft hat. Darin wird bestimmt: „Anschlagzettel und Plakate, welche einen andern Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gesundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten, für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeheftet, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Das Schöffengericht und das Landgericht II zu Berlin sprachen den Beschuldigten frei. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob indessen der Strafsenat des Kammergerichts die Borentscheidung auf und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Präsident Grochuff führte zur Begründung aus: Der Vorderrichter habe den Begriff der Oeffentlichkeit verkannt. Es liege hier ein öffentliches Aushängen vor, weil die Gastwirthschaft ein öffentlicher Ort sei. Da nun der Inhalt des im Lokal aufgehängten Plakats nicht zu den nach § 9 ausgenommenen Ankündigungen gehöre und insbesondere nicht Nachrichten über Verkehr und Handel enthalte, so hätte das Plakat gemäß § 9 nicht aufgehängt werden dürfen. Zu Unrecht berufe sich der Vorderrichter auf § 48 Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung. Dieser behandle nur das nichtgewerbsmäßige Betreiben von Druckschriften und könne auf das Anheften von Plakaten nicht angewendet werden. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu mit Recht: Das ist wohl das Gediegenste, was bisher auf dem Gebiete der pressgesetzlichen Rechtsprechung vollbracht worden ist. Wir erwarten nunmehr von der Staatsanwaltschaft, daß sie, um aus vielen Beispielen nur wenige herauszugreifen, mit Eifer gegen die Plakate der Versicherungsgesellschaften auf den Bahnhöfen und in den Eisenbahnwagen vorgeht, daß sie wegen der überall zu findenden Anpreisungen der Jünglings- und Jungfrauen-Vereine Anklage erhebt und ebenso die Leiter der gemeinnützigen Unternehmungen, wie Vespersalten, Unterrichtsanstalten u. s. w., vor den Strafrichter zücht, soweit die Herren ihre Institute durch öffentliche Anschläge bekannt gegeben haben. Denn alle diese Leute haben nach der vom Staatsanwalt provozierten Entscheidung des preussischen Kammergerichts gegen das Pressgesetz verstoßen. Man sieht, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn ein reaktionäres und mit dem öffentlichen Leben von heute nicht mehr zu vereinbarendes Gesetz nach den durch die moderne Rechtsprechung bekannt gewordenen Prinzipien interpretirt wird.

Zellerfassungen fallen nicht unter dem Begriff „Öffentliche Kollekte“. Zwei Arbeiter hatten in einer Versammlung von Fabrik-, Land- und Häckslerarbeitern die Zeller kontrollirt, in welche die Versammlungstheilnehmer freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten hineinlegten; einer der Kontrolleure hatte zu der Sammlung aufgefordert. Beide Arbeiter wurden angeklagt und vom Landgericht Berlin als Berufungsinstanz auch verurtheilt. Auf ihre Revision wurden sie jedoch vom Kammergericht mit folgender Begründung freigesprochen: Zellerfassungen gehörten überhaupt nicht zu den öffentlichen Kollekten, welche § 11 Nr. 4 der Instruktion für die Oberpräsidenten von 1825 erwähne und die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürften. Die Entstehungsgeschichte dieser Instruktion wie auch der Wortlaut der in Betracht kommenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts ergäbe, daß die Instruktion von 1825 unter den fraglichen „auszuschreibenden“ Kollekten nur Hauskollekten habe verstanden wissen wollen. Ob eine Sammlerthätigkeit hier entfaltet worden sei, wäre deshalb in diesem Falle gleichgültig.

Da nunmehr das höchste preussische Gericht sein Urtheil abgegeben hat, wird man hoffentlich auf diese, auch bisher nur an einzelnen rückschändigen Orten beliebte Belästigung der Arbeiterbewegung verzichten.

Vermischtes.

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin haben mit einem über Erwarten glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet. Zu den neuen Sitzen, die zu vertheidigen waren, sind noch sechs hinzugewonnen worden; ein Sohn des verstorbenen Reichstagsabgeordneten **Stobbe**, der bereits über ein Jahr in der Partei thätig ist, wurde sogar zweimal gewählt. Die Freisinnigen mußten sich in der 8. Abtheilung mit drei Mandaten begnügen.

Der Reichstag tritt am 26. November zusammen.

Unsere Berliner Kollegen, besonders die Arbeitslosen, machen wir auf die **Oeffentliche Bibliothek** und **Lesehalle** zur unentgeltlichen Benutzung für Jedermann, **Alexanderstr. 26** im Gartenhaus, aufmerksam. Bibliothek und Lesehalle sind an **Wochentagen** von 1/2 8—10 Uhr und an **Sonntagen** von 9—1 und 3—6 geöffnet. Das **Institut** hat sich durch seine bewährten Einrichtungen sowie die **Reichstags**, mit der die Benutzung Jedem offen steht, rasch beliebt gemacht. Eines Pfandes oder einer Bürgschaft bedarf man nicht, um Leser zu werden. Will Jemand **Bücher** entleihen, so hat er sich nur durch

Vorzeigen des Miethskontrakts, des Kranken- **Lassenbuchs** oder **Verbandsbuches** über seine Person und **Identität** auszuweisen. Auch die **Besohalle** mit ihrem reichen Bestande von **440 Zeitungen** und **Zeitschriften** und der **alle Gebiete des Wissens** umfassenden **Nachschlagewerke** kann über manche sonst **verlorene Stunde** nützlich hinweg helfen.

Bei der Wahl der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt siegte in den Abtheilungen für die **Gewerbe** und die **Landwirthschaft** die von unseren Gewerkschaften aufgestellte **Liste** der Kandidaten. In der Abtheilung für den **Seemannsberuf** blieben unsere Kandidaten leider in der **Minorität**.

Der Berliner Zeitungshändler Jährl, scheint mit seiner neuesten Gründung, dem **Tag**, für den in der ersten Zeit eine ungeheure **Kassier** gemacht wurde, nicht allzu glänzende **Geschäfte** zu machen; die **Auflage** soll bereits auf **15 000** gefallen sein, überhaupt bekommt man in **Berlin** den **Tag** fast gar nicht zu **Gehalt**. Die **Auflage** der **Woch**e soll jetzt auch nicht mehr als **100 000** betragen, während in der ersten Zeit fast an die **halbe Million** heran **reichte**.

Wer war Bismarck? Sechzig Rekruten eines in der Provinz Sachsen stehenden Infanterieregiments, die meist aus **Posen** und **Schlesien** stammen, hatten schriftlich die wiederholt an verschiedene Truppentheile gerichtete Frage zu beantworten: **Wer war Bismarck?** Hier einige Antworten:

„Bismarck war ein **Minister**.“ „Bismarck ist ein **vertreter** unser **Kaiser Wilhelm** den **II.** von **Deutschland**.“ „Bismarck war **Reichskanzler** und auch **Fräulein**, und als **Soldat** war **Kürassier**.“ „Herrn **Birgt** Bismarck war ein **Reichskanzler**.“ Bismarck war **König** vom **Deuzenreich**.“ Bismarck war ein **berühmter Mann** hat mitgemacht und das **Kürstentum** zu **Regierung** gemacht **gestorben** **21 Januar 1771**.“ Bismarck **mark** wahr eine **Fräulein**. er hat viele **Krieger** mit **gemacht**.“ „Seine **Erzelenz** **Feldmarschall** **Generalmajor**.“ Bismarck war ein **Stabskapitän**.“ **Fürst** **Bismarck** wahr ein **tapfere Krieger** und zu **gleicher** zeit **Kaiserregent** der **Deutschen** **Armee** und **Dinte** bei den **Kriegszügen** zu **Berlin** er überreicht die **Krone** **Kaiser Wilhelm** den **Iten**.“ Bismarck war **Präsident**.“ **Unser** **Ferscht** **Brichschmar** war von **Ferscht** **Feldherr**.“

Die **armen** **Jungens**, die diese Antworten hingeschrieben, sind jedenfalls im **Land** der **Ugarter** nach **agrarischer** **Reise** errogen **worden**. **Halbtagskule** in **überfüllten** **Klassen** und die **übrige** **Zeit** auf dem **Felde** **arbeiten**, das wird ihre **Kindheit** **gewesen** **sein**. Und wir **Deutsche** **wollen** **uns** **das** **Volk** **der** **Denter** **und** **Dichter** **nennen!**

Ein Militärschriftsteller hat berechnet, daß die **deutsche** **Streitmacht** im **mobilitäten** **Zustande** **täglich** **61,05** **Millionen** **Mark** **verköstigt**. Sollte es zu einem **Kriege** **zwischen** **dem** **Dreibund** (**Deutschland**, **Oesterreich**, **Italien**) und dem **Zweibund** (**Frankreich**, **Rußland**) **kommen**, so würden **insgesammt** **täglich** **226** **Millionen** **Mark** **gebraucht** **werden**. **Kleinigkeit!**

Damit die Arbeiter keine **Kenntnis** von dem **Verdienst** ihres **Arbeitgebers** **erhalten**, wollte der **Stadtrath** von **Bittau** in **Sachsen** den **jährlichen** **Kassenbericht** in **geheimer** **Sitzung** **geben**. Es wird darüber **berichtet**:

In der **Stadtvorordnetenversammlung** vom **11. Oktober** erbat vor **Eintritt** in die **Tagesordnung** **Herr** **Stadtvorordneter** **Nischel** **das** **Wort** **und** **frag** **an**, **warum** **der** **Stadtrath** **auf** **einmal** **die** **Kassenberichte** **in** **nichtöffentlicher** **Sitzung** **geben** **wolle**. **Jeder** **Bürger** **habe** **ein** **Interesse** **daran**, **von** **dem** **Stande** **der** **städtischen** **Finanzen** **durch** **die** **Kassenberichte** **Kenntnis** **zu** **erlangen**. **Die** **Erklärung** **gibt** **der** **Vorsitzende** **des** **Stadtvorordnetenkollegiums**. **Bekanntlich** **habe** **der** **Rath** **früher** **einmal** **verlangt**, **daß** **der** **Kassenbericht** **der** **Mühlsteinfabrik** **in** **nichtöffentlicher** **Sitzung** **zur** **Verlesung** **komme** **und** **hierfür** **habe** **er** **als** **Grund** **angegeben**, **daß** **die** **Sache** **nicht** **öffentlich** **verhandelt** **werden** **solle**, **weil** **es** **dem** **Stadtrath** **bedenklich** **erscheine**, **diese** **wirtschaftlichen** **Verhältnisse** **der** **Oeffentlichkeit** **und** **den** **Arbeitern** **gegenüber** **darzulegen**. **Nun** **habe** **er**, **der** **Vorsitzende**, **aber** **selbst** **dem** **Kollegium** **vorge schlagen**, **mit** **dem** **betreffenden** **Verzicht** **keine** **Ausnahme** **zu** **machen**, **weil** **kein** **Grund** **dazu** **vorliege** **und** **in** **anderen** **Städten** **auch** **sämmtliche** **Kassenberichte** **öffentlich** **vorgetragen** **würden**. **Daraufhin** **habe** **ihm** **der** **Rath** **zur** **Verständigung** **mitgeteilt**, **daß** **fortan** **die** **Kassenberichte** **überhaupt** **in** **nichtöffentliche** **Sitzungen** **verlegt** **werden** **sollen**. **Stadtvorordneter** **Hellmann** **bemerkte**, **daß** **der** **Rath** **speziell** **für** **die** **Berichte** **der** **Mühlsteinfabrik** **eine** **Ausnahme** **gewünscht** **habe**, **sei** **auf** **die** **Beobachtung** **zurückzuführen**, **daß** **die** **Arbeiter** **um** **Vermehrung** **einkommen**, **wenn** **es** **sehen**, **daß** **die** **Mühlsteinfabrik** **ein** **gutes** **Geschäft** **gemacht** **hat**. **Daher** **sei** **der** **Stadtrath** **der** **Ansicht**, **daß** **die** **Arbeiter** **durch** **die** **öffentliche** **Verlesung** **der** **Kassenberichte** **der** **Mühlsteinfabrik** **bloß** **aufgepackt** **werden**. **Der** **Vorsitzende** **und** **Stadtvorordneter** **Haupt** **wiesen** **darauf** **hin**, **daß** **die** **öffentlichen** **Verhandlungen** **ein** **wesentlicher** **Faktor** **der** **Selbstverwaltung** **sind**. **Schließlich** **wird** **auch** **beschlossen**, **beide** **Punkte** **in** **öffentlicher** **Sitzung** **zu** **verhandeln**. **Eine** **zählende** **Mehrheit** — **für** **die** **armen** **Unternehmer**.

Um die Engländer zur **Beendigung** **des** **Boerenkrieges** **zu** **zwingen**, **wird** **von** **Holland** **aus** **ein** **Bojott** **der** **englischen** **Handelschiffe** **angeregt**. **Die** **Hafenarbeiter** **aller** **europäischen** **Häfen** **sollen** **veranlaßt** **werden**, **die** **Ladung** **und** **Entladung** **englischer** **Schiffe** **zu** **verweigern**. **Man** **erwartet** **sogar**, **was** **wir** **für** **voll-**

ständig ausgeschlossen halten, daß sich die englischen Hafenarbeiter dem Boykott anschließen werden. Die deutsche Partei- und Gewerkschaftspressen stellt sich diesem Plane, dessen wirtschaftliche Folgen unberechenbar sind, sehr kühl gegenüber.

Humoristisches.

Der „Grundstein“, das Organ des Maurer-Verbandes erzählt: Der Herr Bürgermeister der „Weltstadt“ Schrimm. In des Bürgermeisters Schorstein stilles Heiligthum brach kürzlich ein ungebeter Gast in der Person des Maurers Baude aus Breslau ein mit dem sträflichen Vorsatz, die dortigen Maurer und Zimmerer zum Umsturz der Welt zu verleiten! Er selbst gab zwar an, er habe nur die Berufskollegen zum Eintritt in die Organisation veranlassen wollen. Zu diesem Zwecke hatte er für den 8. September eine Versammlung angemeldet und machte den Anwesenden die Zwecke des wirtschaftlichen Zusammenschlusses im Allgemeinen und die Vorzüge des Maurerverbandes im Besonderen klar. Der böse Mensch aber hatte ganz außer Acht gelassen, daß am selben Sonntage in Schrimm ein Kriegervereinsfest stattfinden sollte und der Herr Bürgermeister auch daran lebhaft interessiert zu sein pflegt. Es waren — um die umstürzlerischen Bestrebungen auch genau überwachen resp. verhindern zu können — außer dem Herrn Bürgermeister noch ein Wachtmeister von der Gendarmerie und als Ersatzmann der Polizei-Inspektor erschienen. Bevor die Versammlung begann, fragte der Beherrscher aller guten Bürger von Schrimm einen Protokoll-Kollegen des Baude nach seinem — Befähigungsnachweis. Da der Herr in berechtigter Sorge um das Wohlergehen seiner Untergebenen war, konnte die Versammlung nicht eher beginnen, bis die Anwesenden ihre Stühle hinausgetragen hatten. Schließlich wurde dem Referenten huldvollst gestattet, seine Rede zu beginnen. Aber nach einer halben Stunde sollte die Herrlichkeit bereits ein Ende nehmen. Baude hatte gerade von den Bauberufsgenossenschaften gesprochen und dabei die kühne Behauptung aufgestellt, in diesen wären keine Arbeiter vertreten. Das duldete der Herr Oberbürgermeister nicht länger und mit einem kühnen Schwunge stand er in der Mitte des Zimmers und löste die Versammlung auf. Baude wollte sich das noch nicht gefallen lassen und erlaubte sich deshalb gar, nach dem Grunde der Maßnahme zu fragen. Indessen der Geheißkennner und Bürgermeister erklärte ihm ebenso deutlich wie gründlich: „Sie sind Breslauer, wie können Sie nach Schrimm kommen und den Leuten hier erzählen, in den Berufsgenossenschaften säßen keine Arbeiter? Das Weitere wird sich finden!“ Und es fand sich. Am anderen Morgen wurde der Inzulpat auf das Bürgermeisteramt geladen und ein hochnotpeinliches Verhör nach Feststellung der Personalien angestellt.

Einige Tage nach dem Vorfall erschien in dem polizeifiziösen „Posener Tageblatt“ über die Angelegenheit folgender Bericht:

Montag Nachmittag fand hier im Restaurant von Friedmann eine zuvor angekündigte (!) Maurer- und Zimmererverversammlung unter Leitung des Maurerpolizeu-Gänther von hier statt. Referent war der 25 Jahre alte Herr Baude aus Br. slau, dessen Karl sozialdemokratische (!) Rede zur Auflösung durch Herrn Bürgermeister Schorstein führte. Der Vortrag muß vielen der Anwesenden nicht gefallen haben, denn als die Versammlung aufgehoben wurde, erfolgte aus vielen Reihen (!) der Ruf: „Unser Bürgermeister lebe hoch! wir brauchen keine Sozialdemokraten!“

Schrimm steht immer noch auf seinem Fleck. Der Bürgermeister und die „vielen Rehen“, die so begeisterte Rufe ausstießen, haben es vor dem Umsturz bewahrt. Allerdings wird von bösen Zweiflern behauptet, die Rufe: „Es lebe unser Stadtpräsident, der Herr Bürgermeister!“ seien lediglich von einem dem Alkohol ergebenen Bauunternehmer ausgegangen. Und damit wäre allerdings in die Hochburg patriotischen Bewußtseins der wackeren Schrimm-Bewohner eine bedenkliche Breche gelegt.

Ausgrabungen.

Ein Fürst sagte zu einem Prior: „Wenn Euer Hochwürden so viele Stockfische essen, könnten Sie leicht selbst einer werden“, und der Prior erwiderte: „Wenn das möglich ist, so werden sich Sw. Durchlaucht vor dem Rindfleisch sehr in Acht zu nehmen haben.“

Papst Julius III. lies einst bei großer Hitze im Hofe im Hemde herum, zwang die Kardinalie, gleiches zu thun und machte dabei die philosophische Bemerkung: „Wenn wir nun so in Rom herum-liefen? O, unseren Kleibern verdanken wir alles.“

Derselbe Papst tobte fürchterlich, als man einst vergaß, einen kalten Psau auf die Tafel zu stellen. „Potta di Dio!“ rief er auf Gegenvorstellungen, „wenn Gott über einen Kufel zürnen und die ganze Menschheit unglücklich machen konnte, sollte seinem Statthalter nicht erlaubt sein, zu zürnen über einen Psauen?“

In einem Franziskaner-Kloster herrschte folgender Witz über die Jesuiten (Gesellschaft Jesu): Frage: „Wer sind die von der Gesellschaft Jesu?“ Bei seiner Geburt lag er zwischen Ochs und Esel, lebte mit Pharisaern und Sündern und starb zwischen zwei Schächern. Von welcher Gesellschaft sind nun die Herrn Jesuiten? Ein Jesuit, der einen Kapuziner wegen seines rothen Bartes einen Judas nannte, erhielt folgende Antwort: „Ich weiß nicht, ob Judas einen rothen Bart gehabt hat; aber gewiß ist, daß er von der Gesellschaft Jesu war.“

Ein Holländer, Namens Gott, reiste mit seinem Sohn nach Straßburg und lehrte im Gasthaus „Zum heiligen Geist“ ein. Im Thorzettel (der Fall paßte zu einer Zeit, wo noch jeder Ein-paßtrende sich am Thor zu legitimiren hatte) konnte nichts Anderes stehen als: „Einpaßt ist Gott, Vater und Sohn, logten im heiligen Geist.“

Als Kaiser Karl V. sich stundenlang mit dem Schriftsteller Guiccardini unterhielt, worüber seine Höflinge murrten, sagte ihnen der Kaiser: „Ich kann augenblicklich hundert Grafen machen, aber keinen Guiccardini.“

Friedrich II. von Preußen sagte zum Bischof von Ermland: „Unter Ihrem Mantel hoffe ich doch ins Paradies zu wünschen.“ „Schwerlich“, antwortete der Bischof, der zwei Drittheile seines Einkommens verloren hatte, „Sw. Majestät hat meinen Mantel zu sehr beschmitten.“

Die Erde ist so schön; warum mußten Priester und Despoten den Eintrag des Ganzen stören? Warum mußten jene mit einer Schenkungsurkunde des heiligen Petrus austauschen und diese sich wie Peruaner für Söhne der Sonne, und beide sich für überirdische Wesen halten? Gab es nicht früher Menschen als Könige, weit früher Bauern als Edelleute? Die Blattern haben viel Unheil gestiftet, aber jene moralische Blattern noch mehr.

Weber: Demokritus.

Briefkasten.

Daß die Schlafstille beim Fabrikanten Jansen in Eichweiler schlecht ist und die Arbeitszeit 12 Stunden beträgt, glauben wir ganz, da es früher der Organi-sation unmöglich war, in jene dunkle Gegend hineinzulauchten.

Anzeigen.

Verband der Sattler Deutschlands.
Stittalen Berlins.

Donnerstag, den 26. Dezember 1901
(8. Weihnachtsfeierstag):

Weihnachts-Kränzchen
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
(Großer Saal).

Einlang 6 Uhr, Entree 80 Pfg.

Das Mitglied Carl Knobloch, Buch-Nr. 16 601, aus Gumboldheim, geboren am 22. Juni 1866, ein-gezogen am 26. September 1901 in Friedberg i. O. als Einzelmitglied, wird gedankt, sich bei der Stittale Kassa zu melden, da sein Mitgliedsbuch am Bahnhof gefunden und uns abgegeben wurde.

Die Verwaltung Mannheim.

Aufforderung.

Der Kollege Misfeld, z. B. in Hamburg, früher Berlin, wird hiermit aufgefordert, seine Adresse anzu-geben und seinen Verpflichtungen dem Vergütungs-Komitee der Berliner Stittale gegenüber umgehend nach-zutommen.

J. K.: W. Eufstake,
Berlin O. 17, Langestr. 108.

Sattler-Gehilfe

auf Faltenhoffer selbständig arbeitend, sofort für bauernde Beschäftigung gesucht.

Gehr. Jörgen, Rosserfabrik,
Plassen i. V.

Ausrufl!

Der Sattler Carl Stein, geb. 1878 zu Morsbach-Friedrich, lathl., wird dringend gebeten, seiner Schwester Josephine in Weim - Eifel (Beschäftigungsthat u.) sofort seine Adresse anzugeben oder wer denselben kennt, ihm dies mitzutheilen.

Mrs. Josephine Geden geb. Stein.

Anträge auf Lebens-, Feuer-Versicherung u. übernimmt Georg Standke, Berlin SO., Engel-Ufer 16, Gewerkschaftshaus.

Ladewig's Bier-Stuben

Commandantstr. 65.

Vorzügliches Weiß- und Baisisch-Bier.
Vorstimmung für 40 Personen.
Franz. Billard. Telefon.
Zählstele der „Frieden Kolonnen“.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15. — Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Routsen-Ufer 11.